

R

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. I, Gr. Zwingerstr. 16. Tel. 14574 u. 21295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Einzahl-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 5 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtag-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 7

Dresden, Sonnabend, 9. Januar

1932

Das Programm des Preiskommissars für Sachsen.

Dresden, 9. Januar.
Ministerialrat Dr. Schelcher, der für Sachsen bestellte Vertreter des Reichspreiskommissars, hatte heute morgen die Vertreter der sächsischen Presse zu einer Besprechung im Ministerialgebäude gebeten, um ihnen sein Programm zu entwickeln. Es ist, wie er einleitend ausführte, natürlich das Programm des Reichskommissars. Dieser hat sich selbst alle Gebiete des Wirtschaftslebens vorbehalten, die, weil eine Beeinflussung von Berlin aus möglich ist zweckmäßig zentral geregelt werden. Für den Kommissar in Sachsen bleiben für selbständige Arbeit übrig die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie im kleinen Marktverkehr gehandelt werden. Das sind vornehmlich Kartoffeln, Gemüse, Eier, Geflügel und Binnenfische (Ausgenommen und der zentralen Bearbeitung von Berlin aus vorbehalten sind dagegen Milch, Butter, Schmalz und Fleisch).

Außerdem sind der Bearbeitung in den Ländern die Preise einiger Handwerke zugewiesen, vor allem des Sattler- und des Tischlergewerbes.

Als zweite Hauptaufgabe, und zwar als die wichtigere liegt dem sächsischen Kommissar ob, die Durchführung der Verordnungen des Reichskommissars zu überwachen und zu sichern. Dr. Schelcher betonte hierbei, daß er das Bestreben haben werde, möglichst im Einvernehmen mit den berechtigten Wirtschaftskreisen vorzugehen, da die Kriegsverordnungen bewiesen hätten, daß mit obrigkeitlichen Eingriffen allein ein Erfolg in wirtschaftlichen Dingen nicht gewährleistet sei. Man müsse immer berücksichtigen, daß die Maßnahmen letzten Endes sowohl dem Verbraucher wie dem Hersteller und Verkäufer zugute kommen sollen, daß ein Interessenszusammenhang zwischen beiden bestehe.

Die Senkung der Preise sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die von selbst erfolgen müsse. Er stimme mit dem Reichskommissar auch darin überein, daß er durch seine Tätigkeit nur vorzugehen wolle, was zwingend notwendig sei, daß seine Arbeit eine Beschleunigung eines selbsttätigen Vorgangs darzustellen habe. Diese Beschleunigung sei notwendig, weil die Sanierung der Wirtschaft dränge und weil die Zurückhaltung der Käufer vermieden werden müsse, die sonst zum lähmenden Konsumrückgang führen werde.

Mit geringstem Büroaufwand gedente er seine Aufgabe zu lösen. Die Behörden in Stadt und Land sind beauftragt, mit dem Kommissar zusammenzuarbeiten, er werde unverzüglich mit ihnen in Verbindung treten.

Im einzelnen führte Dr. Schelcher aus, daß zunächst die Vereinbarung des Reichskommissars mit dem Siedergewerbe ihre Wirkung äußere. Die Preisspanne beim Brot solle auf höchstens 14 Pf. bemessen werden. Wenn in

Sachsen sich diese Brotverbilligung weniger als anderwärts bemerkbar mache, so liege das daran, daß hier die Spanne geringer ist als in anderen Ländern. So hätten Dresden und Leipzig eine Preispanne von 12 Pf., während sie in München 23 Pf. betrug. Über die Wästenpanne und die Großhandelspanne schweben noch Verhandlungen beim Reichskommissar.

Die Fleischspanne wird nach Vereinbarung mit dem Fleischergewerbe ebenfalls gesenkt. Es sind beim Reichskommissar Klagen eingelaufen, daß diese Vereinbarung in Sachsen nicht genügend durchgeführt werde, und deshalb wurde neuerlich angeordnet, daß auf die Durchführung besondere Aufmerksamkeit zu richten sei.

Über die Verbilligung der Kohle wird eine Konferenz der Länder beraten.

Die Ausdehnung des Preisschilderzwangs auf verschiedene Kolonialwaren, Obst, Gemüse und auf Schuhreparaturen wird erwogen. Dieser Zwang ist ein gutes Mittel, das Publikum zur Mitharbeit anzuregen. Die Handwerkerinnungen sind angewiesen, ihre Preise auf schärfste zu berechnen — nach Möglichkeit will der Reichskommissar den Erlaß von Verordnungen vermeiden. Gewerbetreibende, die Preisfestsetzungen in Anknüpfungen vorkäuflichen, sollen wegen unfauleren Wettbewerbes streng verfolgt werden, nötigenfalls wird solchen Schädlingen das Geschäft geschlossen werden.

Für Sachsen finden zurzeit Verhandlungen mit den Verbänden des Kleinhandels wegen der Senkung der Preise für Gemüse, Obst und Kartoffeln statt. Es wird im wesentlichen auf eine Senkung der Preispanne ankommen, da die Erzeugerpreise nach der Feststellung des Reichskommissars schon unter Friedenspreis stehen.

Von den Vertretungen des Sattler-, Tischler-, Klempner- und Installationsgewerbes erhofft Dr. Schelcher in Verhandlungen Vorschläge für eine Herabsetzung ihrer Preise zu erhalten. Im Notfall werde er freilich seine Befugnisse anwenden.

An das Ministerium schloß sich eine Aussprache, in der die Pressevertreter verschiedene Wünsche und Anregungen vorbrachten. U. a. wurde auf die große Verschiedenheit der Brotpreise in Dresden (Differenz von 30 Pfennig pro Bierbrot), auf die wegen der Schwierigkeit der Nachprüfung falsche Maßnahme der Bäder, die Brotchen nicht im Preis zu senken, sondern im Gewicht zu erhöhen, auf die großen Unterschiede in den Fleischpreisen zwischen Dresden und Freital (in Freital Winderpreise von 40—80 Pfennig für das Pfund) hingewiesen und das Rabattwesen im Einzelhandel angegriffen.

Dr. Schelcher versprach, all dem nachzugehen und nach Möglichkeit Überläufe abzustellen. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Die Vertreter des Einzelhandels beim Reichskommissar für Preisüberwachung.

Berlin, 8. Januar.
In einer Besprechung des Reichskommissars für Preisüberwachung mit Vertretern der Hauptgemeinschaft der deutschen Einzelhandels über die unbedingt notwendigen Preislenkungsmaßnahmen erklärte sich der Einzelhandel bereit, den Reichskommissar auch weiterhin zu unterstützen durch Klärung der Verbraucher über die Bedeutung der Preislenkungsaktion und durch Freiausdrückung der Waren — soweit nicht im einzelnen durch Anordnungen vorgeschrieben. In der Frage der Preisfestsetzung bei den Wertarbeiten, Steuern und Zinsenpreisen wies der Reichskommissar darauf hin, daß sich das Ausmaß der Senkung erst nach dem 10. Januar genauer werden übersehen lassen. Der Reichskommissar betonte, daß er eine Zusammenarbeit mit den Vertretungen des Einzelhandels im Interesse der schnellen Lösung der Preisprobleme begrüße.

Beschleunigte Reform der Sozialversicherung.

Berlin, 8. Januar.
Wie wir erfahren, rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß das Werk der Sozialversicherungsreform, das im Reichsarbeitsministerium

gegenwärtig vorbereitet wird, dem Reichstag noch bei seiner Februartagung vorgelegt werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage geprüft, ob die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht entsprechend der allgemeinen Einkommensenkung herabgesetzt werden soll.

Die Wirtschaftspartei an Reichstagsler Dr. Brüning.

Berlin, 8. Januar.
Wie das Nachrichtenbüro des SPD. meldet, hat die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei an die Reichsregierung, zu Händen des Reichstagslers Dr. Brüning, folgendes Telegramm gerichtet:
„Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei richtet die dringende Bitte an die Reichsregierung, unverzüglich finanzielle Beihilfe an die durch Hochwasser schwer geschädigten Gebiete, insbesondere an Sachsen, Thüringen, Anhalt, Baden, Schlesien usw. zu gewähren und zur Behebung der dringenden Not sofort Mittel bereitzustellen.“

Ein spanisches Jesuitenloster in Brand gesteckt.
Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenloster in Oña (Provinz Burgos) in Brand gesteckt worden. Mehrere Einzelbetten fehlen noch.

Zu den Verhandlungen über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten.

Ein Artikel der „Germania“.

Berlin, 8. Januar.
Unter der Überschrift „Einmal einzig sein!“ behandelt die „Germania“ den Plan einer Amtsverlängerung des Reichspräsidenten. Sie sagt, die darauf gerichteten Bemühungen der Reichsregierung, die selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten unternommen würden, gingen zunächst dahin, im Reichstag eine Einheitsfront der Parteien für ein diesbezügliches Gesetz, das verfassungsmäßigen Charakter trage, zu gewinnen. Es sei eine aus sachlichen und persönlichen Gründen unverzichtbare Forderung, daß — abgesehen von den Kommunisten — alle deutschen Parteien sich in diese Einheitsfront einliehen und dem Gesetz ihre Zustimmung gäben. Das Blatt nennt die Hoffnung nicht unberechtigt, daß angesichts der unabweisbaren Entscheidungen, die das deutsche Volk einmütig in diesen Monaten von der Welt zu fordern habe, alle auf der parteipolitischen Ebene liegenden Reibekräfte wenigstens hinsichtlich dieser einen staatspolitischen Handlung einmal geschlossen zurückgestellt würden. Die Verantwortung dieser, die sich diesem Ziele etwa entgegenstellen sollten, sei nicht gering. Zum Schluß sagt das Blatt: Die Entscheidung, die von den Parteien getroffen wird, vertritt keine Bedingung und keine Verzögerung. Es wäre eine Entwürdigung des solidarisches Aktes, wenn dieser mit politischen Gegenforderungen belastet würde, die gerade das Beste verschlagen würden. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, Herr Hitler und Herr Eugenber werden sich noch heute entscheiden müssen.

Die Deutschnationalen und die Reichspräsidentenfrage.

Berlin, 8. Januar.
Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Berlin veranstaltete heute abend acht große Kundgebungen.
Im Nationalhof sprach der Pressesekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Brosius, der sich vor allem mit den Erörterungen über die Frage der Amtsverlängerung des Reichspräsidenten beschäftigte. Er führte aus, daß die Besprechungen am Sonnabend und die Beratungen der deutschnationalen Reichstagsfraktion die endgültige Entscheidung bringen würden. Heute aber müsse schon gesagt werden, wenn die Regierung ihr Vorgehen damit begründe, daß sie eine Reichspräsidentenwahl während der außenpolitischen Verhandlungen vermeiden wolle, dann hätte sie diesen Schritt drei Monate früher unternommen sollen, ehe die außenpolitischen Verhandlungen schwebten. Heute müsse ein solcher Schritt als eine Vertrauenslandgebung für die Regierung Bräutigam angesehen werden. Die Regierung wisse aber ganz genau, daß die Deutschnationalen und die gesamte nationale Opposition dies Vertrauen zu ihr nicht hätten. Die Regierung würde der Nation einen größten Dienst erweisen, wenn sie noch vor der Konferenz von Louanne zurücktreten würde.
Die Ausführungen der Redner in den anderen Versammlungen gipfelten in einer scharfen Polemik gegen die Rotverordnungspraxis der Reichsregierung und in der Forderung, daß bei den kom-

menden Verhandlungen keine „Zwischenlösung“ angenommen werden dürfe. Der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Graef (Thüringen), sprach sich in einer Kundgebung der Münchner Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei gegen eine Verlängerung der Amtsverlängerung des Reichspräsidenten aus, ohne daß er damit Kritik an der Person des Reichspräsidenten übte.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Berliner Besprechungen.

München, 8. Januar.
Im „Völkischen Beobachter“ wird betont, in politischen Kreisen erblide man in der geistigen Unterordnung des Reichspräsidenten mit Hilfe der Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorbeigehen könne, zumal eine so wichtige Frage, wie sie in den Besprechungen angeschnitten wurde, ohne die RSDAP nicht zu entscheiden sei.

Zu den Ausführungen des „Vorwärts“ bemerkt der „Völkische Beobachter“: Daß die Verlängerung des verfassungsmäßigen Zustandes, der die fortgesetzten Verfolgungen der RSDAP durch rote Landesregierungen erlaubt, im Sinne der Wünsche der Sozialdemokratie liegt, glauben wir gern. Aber wir glauben nicht, daß das der Sinn einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sein kann. Der „Vorwärts“ müsse anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zusage zunächst einmal die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien zur mindesten Voraussetzung haben müsse.

Entgegnung des „Vorwärts“.

Berlin, 8. Januar.
Zu der oben zitierten Äußerung des „Völk. Beobachters“ schreibt das sozialdemokratische Zentralorgan:
Wir haben keinen Anlaß, uns mit dem „Völkischen Beobachter“ in diesem Zusammenhang über die Frage zu unterhalten, ob das Vorgehen der Behörden in Preußen gegen die RSDAP berechtigt ist oder nicht. Vielleicht beantwortet der „Völkische Beobachter“ zunächst einmal die Frage, ob denn die RSDAP nach Übernahme der Macht — die ja nach ihren Äußerungen demnächst erfolgen wird — die gleichen verfassungsmäßigen Rechte für alle Parteien anerkennen und schützen will. Dann wollen wir weiter darüber reden! Einweisen stellen wir fest, daß über Bedingungen für die Fällung der Nationalsozialisten in der Frage Hindenburg nicht getredet werden darf.
In demselben Artikel sagt das Blatt ferner: Über Bedingungen zu verhandeln wäre vollkommen zwecklos, da die Sozialdemokratie nicht daran denkt, einen Handelsvertrag zwischen der Rechten und der Reichsregierung zu ratifizieren. Ohne Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten nicht möglich. Eine Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aber erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn eine hundertprozentige Garantie dafür gegeben ist, daß auch die Mitwirkung der anderen Fraktionen bedingungslos erfolgt.

„Eiserne Front“ und Präsidentenwahl.

Berlin, 8. Januar.
Das Reichsbanner veranstaltete heute abend in den Germania-Hallen eine öffentliche Kundgebung, in der Regierungsrat Dr. Wulke u. a. ausführte, der Reichspräsident sei von der politischen Rechten gewählt worden. Wenn die Republikaner heute die Möglichkeit freier Bestimmung in Deutschland hätten, dann wäre Herr v. Hindenburg nicht mehr ihr Kandidat, aber im Interesse der Republik sei Hindenburg besser als Hitler. Deshalb würden die Republikaner für die Präsidentschaft Hindenburgs eintreten. Der Bundesvorstand des Reichsbanners sei sich darüber schlüssig

geworden, daß durch die Präsidentschaft Hindenburgs der Bürgerkrieg verhindert werden könne. Das Reichsbanner und Reichsinnenminister Hitler empfingen, bei den Republikanern unerwünscht, zumal der Reichsbanner noch vor wenigen Wochen die Legalität der Nationalsozialisten bezweifelt habe. Das beste wäre, den „Landflüchtling“ Hitler je eher je früher aus Deutschland auszuweisen. „Wenn Hitler“, so sagte der Redner, „illegal oder legal — ich betone das —, in Deutschland zur Macht kommt, dann bedeutet das für Deutschland den Bürgerkrieg.“

Der Staatspartei Landtagsabgeordneter Ortmel kritisierte die bisherige Zurückhaltung der Republikaner und mahnte, jetzt entscheidend vor-